

## Antworten der FDP Schleswig-Holstein

### Wahlprüfsteine Verband Wohneigentum

#### **1. Welche Möglichkeiten sieht ihre Partei, dass Kommunalabgabengesetz so zu modifizieren, dass die Kommunen nicht mehr die Verpflichtung haben, Straßenausbau- und andere Beiträge dieses Gesetzes auf den/die Bürger/-innen umzulegen?**

Die FDP Schleswig-Holstein spricht sich dafür aus, die Straßenausbaubeiträge ganz abzuschaffen. Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen erfolgt regelmäßig in intransparenter Weise und führt auch oft zu Ungleichbehandlungen und sozialen Härtefällen und so zu großem Unmut in der Bevölkerung zu Lasten der Akzeptanz kommunalen Handelns. Beiträge für die Herstellung, den Ausbau und Umbau sowie die Erneuerung von öffentlichen Straßen, soweit es sich nicht um Erschließungsbeiträge handelt, sollten aus Sicht der FDP deshalb nicht mehr erhoben werden.

Eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes respektive der Gemeindeordnung dergestalt, dass es in das Ermessen der Kommunen gestellt wird, ob eine Beitrags-erhebung erfolgen soll, würde die FDP grundsätzlich gleichfalls unterstützen. Da allerdings auch bei einer Kann-Regelungen davon ausgegangen werden muss, dass die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen immer dann geboten ist, wenn die sonstigen Einnahmen der Gemeinde nicht ausreichen, um die Erfüllung ihrer Aufgaben zu finanzieren, dürfte eine entsprechende Gesetzesänderung angesichts der finanziellen Lage der meisten Gemeinden in der Praxis nahezu keine Auswirkungen haben. Eine entsprechende Reform müsste nach Ansicht der FDP daher von einer Ausweitung des Gemeindeanteils am beitragsfähigen Aufwand von bisher 15 % auf mindestens 50 % flankiert werden.

Allerdings zeitigt ein kommunales Ermessen bei der Beitragserhebung neue Ungerechtigkeiten, nämlich im Vergleich von Bürgern in Gemeinden, die Beiträge erheben, und Bürgern in Gemeinden, die davon absehen, weshalb aus Sicht der FDP eben eine Abschaffung vorzugswürdig ist. Um eine Erhöhung der Grundsteuer zu verhindern, sollten etwaige Mindereinnahmen der Gemeinden über den kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt werden.

#### **2. Wenn Sie dies grundsätzlich bejahen, wann werden Sie in welcher Form die Umsetzung realisieren?**

Im Fall einer Regierungsbeteiligung wird sich die FDP dafür einsetzen, dass eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zügig umgesetzt wird. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat die FDP-Fraktion auch bereits in der derzeitigen Legislaturperiode eingebracht.

### **3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Wohneigentum, welches auch bezahlbar sein muss, zu schaffen?**

Viele Familien in Schleswig-Holstein haben vermehrt Schwierigkeiten, Wohneigentum zu erwerben. Dies ist nicht nur auf die stark steigenden Immobilienpreise zurückzuführen, sondern auch auf die sehr hohe Grunderwerbsteuer. Für die FDP Schleswig-Holstein ist es jedoch ein wichtiges Ziel, möglichst viele Menschen bei der Vermögensbildung zu unterstützen, um damit auch eine Absicherung für das Alter zu schaffen. Wir wollen in der kommenden Wahlperiode die Grunderwerbsteuer für den erstmaligen Erwerb einer selbstgenutzten Wohnimmobilie (bis 500.000 Euro) abschaffen und werden weiteren Erhöhungen der Grunderwerbsteuer nicht zustimmen.

Zudem wird sich die FDP für eine Kostenbremse beim Bauen und eine Revision bei Energieeffizienzstandards einsetzen. Der mit Abstand größte Kostentreiber beim Bauen und Wohnen war in den vergangenen Jahren der Staat, der mit zu vielen bürokratischen Vorgaben immer wieder für unnötige Preissteigerungen sorgt.

### **4. Wenn Sie diese Möglichkeit sehen, wann und in welcher Form werden Sie dieses umsetzen?**

Die Schaffung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer ist ein prioritäres Ziel der FDP Schleswig-Holstein, so dass eine Umsetzung bei einer Regierungsbeteiligung unverzüglich erfolgen wird.

### **5. Welchen Stellenwert hat bei Ihnen der Verbraucherschutz für die Bürger/-innen?**

Aus Sicht der FDP Schleswig-Holstein darf die Politik den Menschen bestimmte Entscheidungen nicht vorgeben oder Entscheidungsspielräume einschränken. Mit der FDP ist Bevormundungs- und Verbotspolitik nicht zu machen. Statt Bevormundung bedarf es einer Stärkung der mündigen und verantwortungsbewussten Verbraucher im Markt. Bei der Nährwertkennzeichnung stehen für uns sachliche Informationen im Vordergrund. Unvollständige, unsachliche Ampelsysteme lehnen wir ab.

Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein leistet einen unverzichtbaren Beitrag für den Verbraucherschutz. Um Planungssicherheit zu gewinnen und die Beratungsstel-

len im Land dauerhaft zu erhalten, ist eine langfristige Finanzierungsvereinbarung zwischen Land und Verbraucherzentrale abzuschließen. Auch das Unabhängige Landeszentrum für den Datenschutz (ULD) dient durch seine Arbeit dem Verbraucherschutz. Die Arbeit des ULD ist daher sicherzustellen.

Zudem wird die FDP Verbraucher und Unternehmen vor neuen Gebühren und Abgaben bewahren.